

1. Schriftliche Anfrage betreffend private Dienstleister bzw. Betreuungsfirmen im Flüchtlingswesen

16.5020.01

Im vergangenen Jahr wurden in Medienberichten Asyl- und Betreuungsfirmen mangelnde Transparenz und ein Geschäftsgebaren auf Gewinnmaximierung zum Nachteil der Betroffenen, Behörden und Steuerzahlern vorgeworfen. So auch der ORS Service AG und ihrer Tochterfirma ABS, die auch in Basel-Stadt tätig sind.

Gerne stelle ich diesbezüglich dem Regierungsrat folgende Fragen:

1. Wer (welche Unternehmen) sind in Basel-Stadt für die Flüchtlingsbetreuung und die Flüchtlingszentren zuständig?
2. Wer (welche Verwaltungsstelle) ist Auftragsgeber?
3. Welche konkreten Aufträge (Essen, Hygiene, Gesundheit, Beschäftigung) werden von privaten Dienstleistern übernommen?
4. Wie wird die Führungs- und Kontrollverantwortung seitens der Stadt gewährleistet? Welche Mittel/Methoden stehen hierzu zur Verfügung?
5. Der Bund zahlt an die Kantone eine jährliche Globalpauschale für den Asylbereich. Wie viel erhält der Kanton-Basel Stadt und Beträge in welcher Höhe fliessen daraus an private Dienstleister im Flüchtlingsbereich?
6. Das Unternehmen ORS gehört in Basel-Stadt auch zu den beauftragten Unternehmungen. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass hinter der Firma ORS eine Private Equity Gesellschaft steht (Equistone Partners Europe; eine Abspaltung der Barclays Bank) und welche Meinung hat er dazu?
7. Wie stellt sich der Regierungsrat zu der in verschiedenen Medien (NZZ, Obersee Nachrichten, SRF, WoZ, INFOSperber) geäußerten Kritik, dass diese Firma "Profit auf dem Buckel von Flüchtlingen" (INFOSperber 24.12.2015) macht und "fragwürdige Zustände und Praktiken vorherrschen" (SRF Rundschau 14.10.2015)?
8. Fand aufgrund dieser Kritik (einzelne Gemeinde kündigten daraufhin die Vereinbarung mit ORS bzw. ABS) eine interne Überprüfung statt? Wurde eine Stellungnahme seitens ORS bzw. ABS eingefordert?

Thomas Gander